

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshohl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 63

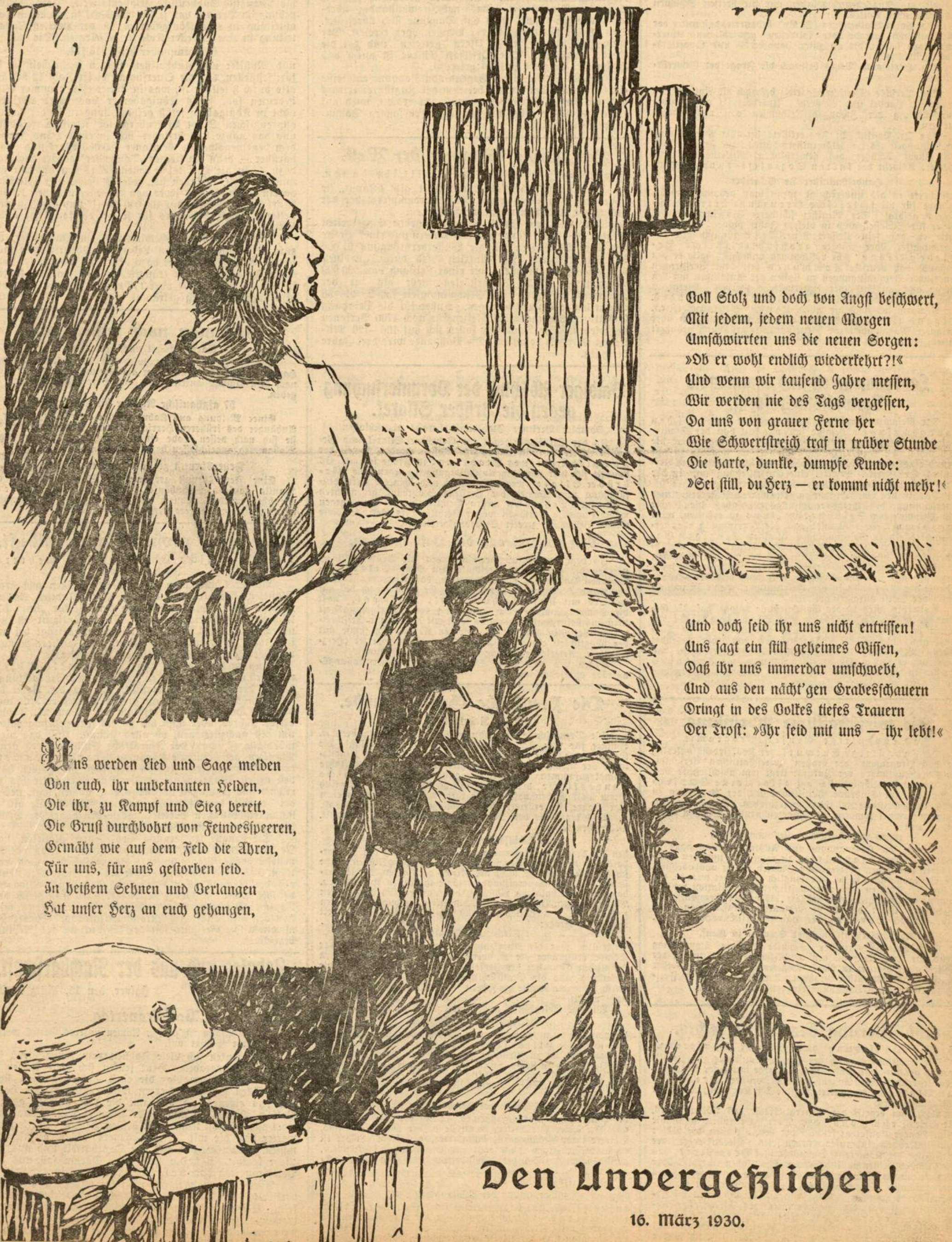
Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Samstag, den 15. März

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratis beilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“,
„Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“,
— „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“. —

1930



Uns werden Lied und Sage melden
Von euch, ihr unbekannten Helden,
Die ihr, zu Kampf und Sieg bereit,
Die Brust durchbohrt von Feindesspeeren,
Gemäht wie auf dem Feld die Ähren,
Für uns, für uns gestorben seid.
In heißem Sehnen und Verlangen
Hat unser Herz an euch gehangen,

Goll Stolz und doch von Angst beschwert,
Mit jedem, jedem neuen Morgen
Umschwirren uns die neuen Sorgen:
»Ob er wohl endlich wiederkehrt?!«
Und wenn wir tausend Jahre messen,
Wir werden nie des Tags vergessen,
Da uns von grauer Ferne her
Wie Schwertstreich traf in früher Stunde
Die harte, dunkle, dumpfe Kunde:
»Sei still, du Herz — er kommt nicht mehr!«

Und doch seid ihr uns nicht entrissen!
Uns sagt ein still geheimes Wissen,
Dass ihr uns immerdar umschwebt,
Und aus den nächt'gen Grabeschauern
Dringt in des Volkes tiefes Trauern
Der Trost: »Ihr seid mit uns — ihr lebt!«

Den Unvergeßlichen!

16. März 1930.

Mittelstandsfragen im Preuß. Landtag.

(142. Sitzung.) tt. Berlin, 14. März.

Das Haus verabschiedete zunächst den Gesetzentwurf, wonach die Möglichkeit, frühere Leiter und Lehrer von staatlichen Lehrerbildungsanstalten auch in nichtstaatlichen Schulen unterzubringen, um ein Jahr verlängert wird.

Dann wurde die allgemeine Aussprache zum Handels- und Gewerbehaushalt fortgesetzt.

Abg. Meisinger (Ztr.) gab der Ansicht Ausdruck, daß man jetzt nach der Annahme des Young-Planes und der bevorstehenden Regelung der Reichsfinanzen auf Erleichterungen für die Wirtschaft rechnen dürfe. Es sei bedauerlich, daß die Regierungen, die Führer der Wirtschaft und auch die Parlamentarier die Gelegenheit versäumt und die psychologischen Wirkungen eines Notopfers so schlecht verstanden hätten.

Abg. Conrad (Dm.) betonte, unter der heute geltenden Devise „Jedem das Seine“ müsse die ganze Wirtschaft zugrunde gehen. (Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Herr Schornsteinfegermeister, Sie sind schon beruht zum Schwarzsehen verpflichtet!) Die ungeheure Steuerbelastung habe den gewerblichen Mittelstand schon so weit dezimiert, daß wir nur noch 32 000 kleingewerbliche Betriebe haben.

Abg. Sobotta (Dm.) behauptet unter lebhaftem Widerspruch, dem gewerblichen Mittelstand ginge es vielfach gar nicht so schlimm. Ausgebaut würden nur die breiten Schichten des arbeitenden Volkes.

Abg. Bayer-Waldenburg (D. Vp.) bedauerte, daß unter der Wirtschaftsnote gerade die solidesten gewerblichen Unternehmungen leiden, die an guter Handwerks- und Qualitätsarbeit festhalten.

Abg. Hartmann (Dem.) besprach die Frage der Gewerbeaufsicht.

Abg. Perschke (Wirtschaftspartei) besprach die Notlage von Handwerk, Handel und Gewerbe. Unerhört sei die rigorose Durchführung der Zwangsbeitreibungen von rückständigen Steuern.

Abg. Dr. Pönisch (Dt. Fr.) erklärte, bei aller Anerkennung der Leistungen des Handelsministers hätten seine Freunde doch von einem Schieber des gewerblichen Mittelstandes eine schärfere Abwehr der kalten Sozialistierung erwartet.

Handelsminister Dr. Schreiber

bezeichnete es als unberechtigt, wenn man behaupten wolle, er habe für die schließliche Grenzindustrie nicht genügend gesorgt. Der Minister schilderte Einzelmaßnahmen, die er für Schlesien auch in diesem Jahre plane. Weiter betonte er, daß sein Ressort steuerliche Begünstigungen für Warenhäuser oder andere großkapitalistische Betriebe ablehne. Für vollkommen unmöglich halte er den Zustand, daß deutsche Kommunen mit dem Versprechen steuerlicher Vergünstigungen zu Lasten der Ansässigen um den Zugang auch ausländischer Unternehmen werben. Hiergegen erhöhe er u. a. die Unterstellung des Städtegesetzes.

Nachdem sich noch die Abg. Lange-Dittersbach (Ztr.), W. Lang (D. Vp.) und Dörmers (Wirtschaftspartei) über geeignete Maßnahmen zur Mittelstandsunterstützung geäußert hatten, verlas die das Haus.

Landgemeinden und kommunale Verwaltungsreform.

Der Gesamtvorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden befaßte sich mit den von der Staatsregierung vorgelegten Entwürfen eines Gesetzes über die kommunale Selbstverwaltung. Er nahm dazu auf Grund eines ausführlichen Berichtes des Präsidenten des Verbandes, Dr. Gerke, Preßler, eine Entschließung an, in der u. a. folgendes zum Ausdruck gebracht wird:

Dem in den Gesetzentwürfen erkennbaren Bestreben, unter Anerkennung des Selbstverwaltungsgrundgesetzes die Rechte und Pflichten der Selbstverwaltung zu erhalten, wird zugestimmt. Begehr wird auch die Vereinfachung aller verfassungsrechtlichen Bestimmungen in einem einzigen Gesetz und die Aufstellung einheitlicher Vorschriften grundsätzlicher Art für alle Selbstverwaltungsorgane, die den Gedanken paritätischer Behandlung erkennen lassen. Allerdings wird hervorgehoben und im einzelnen dargelegt, daß der Grundgedanke der Parität in den Gesetzentwürfen nur in unvollkommener Weise durchgeführt wird.

Weiterhin wird in der Entschließung betont, daß die Gesetzentwürfe die Tendenz haben, die Staatsaufsicht auf Kosten der freien Selbstverwaltung auszuweiten, eine Tendenz, gegen die sich die Landgemeinden von jeher gewendet haben. Besondere Bedenken werden dagegen erhoben, daß wiederum in dem Gesetz den Gemeinden neue Aufgaben zugewiesen werden, ohne daß für die entsprechende Deckung der dadurch entstehenden Ausgaben Sorge getragen ist.

Die wirtschaftliche Abrüstung.

Das endgültige Genfer Programm.

Der endgültige Entwurf der Völkerverständigungskonferenz für das Programm der großen wirtschaftlichen Verständigungsverhandlungen der Zukunft liegt jetzt abschließend vor. Der Entwurf beschränkt sich auf allgemeine Empfehlungen, ohne verbindende Verpflichtungen der Regierung zu einem allgemeinen Zollabbau vorzulegen. Nach dem Abkommensentwurf kommen die unterzeichnenden Staaten überein, zu einer

engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit

zu schreiten, die Erzeugnisse- und Austauschbedingungen zu verbessern, die Absatzmärkte zu erweitern und den Handelsverkehr mit den überseeischen Staaten weiter auszuweiten. Die Verhandlungen sollen unverzüglich eingeleitet werden, um in kürzester Frist zu einer wirtschaftlichen Organisation der Erzeugung zu gelangen und um die bisherigen Hemmnisse zu beseitigen. Unter den dafür geeigneten Maßnahmen wird u. a. auch die Senkung der Handelszölle erwähnt.

Reichswirtschaftsminister Schmidt in Genf.

Reichswirtschaftsminister Schmidt ist am Donnerstagabend zur Teilnahme an den abschließenden Beratungen der Völkerverständigungskonferenz in Genf eingetroffen, desgleichen der englische Handelsminister Graham. Die Konferenz ist zu Freitag zu einer neuen Vollversammlung einberufen.

Kodifizierung des Völkerrechts.

Eröffnungssitzung der Haager Konferenz.

Die Eröffnungssitzung der Haager Konferenz zur Kodifizierung der internationalen Rechts wurde mit einer Ansprache des niederländischen Außenministers Jonkheer Beelaert van Blokland eingeleitet, der die 200 Konferenzteilnehmer willkommen hieß.

Nach ihm ergriff der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, das Wort. Er führte aus, die jetzige Haager Konferenz sei eine der bedeutsamsten, die bisher vom Völkerbund einberufen worden seien. Hieraus ergriff der Vorsitzende der Konferenz, Staatsminister Heemster, das Wort und gab einen ausführlichen geschichtlichen Überblick über das bereits vom Völkerbund zur allmählichen Kodifizierung des internationalen Rechts geleistete Werk. Nachdem der Konferenzvorsitzende mitgeteilt hatte, daß auf Grund eines Völkerbundratsbeschlusses der Rechtsberater des Völkerbundsekretariats, Dr. Baer, zum Generalsekretär und Mr. Daniels auf Vorschlag der niederländischen Regierung zum zweiten Generalsekretär der Konferenz ernannt worden seien, wurde die Eröffnungssitzung geschlossen.

Kreditleichterungen für den Weinbau.

Stundungen und Niederschlagungen.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages genehmigte einen Antrag aller Parteien, wonach die dem deutschen Weinbau seit dem Jahre 1925 gewährten Kredite auch weiterhin über ihre Fälligkeit hinaus gestundet und in allen Fällen einer Notlage samt Zinsen teilweise oder ganz niedergeschlagen werden sollen. Ferner soll bestimmt werden, daß wirklich zurückfließende Kredite zur Bildung eines Notfonds für den Weinbau benutzt werden. Bis zum 1. April 1931 soll dem Reichstag eine Denkschrift vorgelegt werden, aus der sich ergibt, was in Erledigung des Antrages geschehen ist.

Neue Überschwemmungsgefahr in Südfrankreich.

Entgleisung eines Güterzuges im Hochwassergebiet.

Aus Südfrankreich wird gemeldet, daß die Garonne und der Tarn sowie verschiedene Nebenflüsse wieder gestiegen und über die Ufer getreten seien. Man rechne mit einem weiteren Steigen, da in den Quellgebieten starke Regenfälle niedergehen. Besonders bedrohlich stellt die Lage im Rivetal da, das nahezu vollständig überschwemmt sei. Zwei Kais von Bayonne sind überflutet. Das Wasser hat die Höhe der Brückenbögen erreicht. Der Adourfluß ist aus seinen Ufern getreten und hat die Ebene überflutet. Die Ortschaft Espirac ist durch das Hochwasser in zwei Hälften getrennt.

Bei La Guiche in der Gegend von Bayonne entgleiste ein Güterzug. Der Unfall, bei dem der Zugführer ertrank und der Heizer schwere Brandwunden erhielt, wird auf einen durch die Überschwemmung verursachten Dammbruch zurückgeführt.

Der größte Dampfer der Welt.

Die Cunard-Gesellschaft will ihn bauen.

Die Cunard-Schiffahrtsgesellschaft gibt bekannt, sie habe den Bau eines neuen Passagierdampfers, der der größte der Welt sein werde, beschlossen.

Über das neue Schiff werden folgende Einzelheiten bekannt: Bei einer Länge von 330 Metern und einer Breite von über 33 Metern soll die Wasserverdrängung 61 000 Tonnen betragen. Der Antrieb wird durch Turbinen von zwei Hochdruckkesseln mit einer Leistung von 300 000 Pferdestärken (90 000 Pferdestärken mehr als bei der „Vremen“) erfolgen. Die Geschwindigkeit soll 28 bis 30 Seemeilen je Stunde betragen. Außer für die Besatzung sind Unterbringungsmöglichkeiten für noch 4700 Personen vorgesehen. Die Baukosten sollen sich auf 100—120 Millionen Mark (?) belaufen. Die Bauzeit wird drei Jahre betragen.

Baldiger Abschluß der Voruntersuchung gegen die Brüder Ellaref.

„Komplex Berliner Stadtbank“ bereits abgeschlossen.

In der Strafsache gegen die Brüder Ellaref und Genossen ist die Voruntersuchung geschlossen worden, soweit der Komplex Berliner Stadtbank in Frage kommt. Es handelt sich hier um die Anschuldigungen gegen die Brüder Ellaref wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung zum Nachteil der Berliner Stadtbank, gegen ihren Proturisten Lehmann wegen Beihilfe hierzu und gegen mehrere andere Personen wegen Beihilfe zum Betrugs sowie wegen Bestechung zweier Stadtbankdirektoren.

Max Ellaref aus der Haft entlassen.

In dem Haftprüfungstermin gegen die Brüder Ellaref wurden die gegen den angeschuldigten Max Ellaref bestehenden Haftbefehle aufrechterhalten, da dringender Tatverdacht und Fluchtverdacht fortbesteht. Er wird jedoch bis auf weiteres mit Untersuchungshaft versetzt, weil die Sachverständigen die Aufhebung der Untersuchungshaft dringend befürworten haben, da sonst mit der Gefahr fortschreitender Verschlimmerung der schweren Erkrankung sowie mit der Möglichkeit eines plötzlichen Todes zu rechnen sei (Herzkrankheit, Arterienverkalkung und Nierenentzündung).

Gegen Leo und Willi Ellaref sind die Haftentlassungsanträge abgelehnt worden.

Die Preussische Generalsynode.

Ein Rückblick.

Die Preussische Generalsynode hat ihre Tagung beendet. Immer für vier Jahre wird sie gewählt. Sie erläßt die Kirchengesetze und regelt das Verwaltungs- und Finanzleben der Kirche. Ihre 231 Mitglieder treten alle vier Jahre einmal zusammen. In dieser Tagung legt die preussische Landeskirche, die größte Landeskirche der Welt, öffentlich ihrem Volk Rechenschaft ab von ihrer Arbeit der vergangenen vier Jahre, sie erörtert und beschließt, was notwendig ist. Aus der Fülle des Stoffes sei das Wichtigste mitgeteilt. Besprochen wurde

das Schicksal des Staatsvertrages,

den die preussische Regierung nach dem Abschluß des Konkordates mit der katholischen Kirche längst der evangelischen Kirche schuldig ist, wenn sie nicht als Kirche geringeren Rechtes dastehen soll. Die Generalsynode betonte in ersten Ansprachen, daß sie einen baldigen Abschluß der nun endlich begonnenen Verhandlungen erwarten müsse, damit ein friedvolles Arbeiten zum Besten des Volkes möglich sei. Eingehend behandelt wurde die Frage:

Kirche und Schule.

Erfreulich war die Anerkennung der Staatshoheit in der Schule, erst aber die Hinweise auf die Notwendigkeit, den christlichen Charakter der Erziehung zu wahren, besonders die Erteilung und die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch geeignete Kräfte zu sichern. Ein Abschluß ist hier noch nicht erzielt.

Wichtige Gesetze sind angenommen. Sie betreffen die

Verschärfung der Pfarren,

die von nun an unter bestimmten Voraussetzungen möglich sein soll, sowie die Hilfsdienstpflcht der jungen Theologen, die nach der letzten Prüfung ein Jahr den Kirchenbehörden zur Verfügung zu stehen haben. Erfreulich war die Forderung, daß die Ausbildung der künftigen Pfarrer erhöhte Anforderungen stellen müsse. Endlich ist man auch ernst auf die Frage des

Schutzes der Minderheiten

bei Pfarrerrwahlen eingegangen, d. h., daß den Rechtgläubigen und den freier Gerichte, wenn sie in der Minderheit sind, Pfarrer ihrer Richtung zugebilligt werden müssen. Leider ist es in dieser Frage noch nicht zur Entscheidung gekommen, ebenso schwebt noch die Umänderung des Patronatsrechtes.

Hoch erfreulich war die

Versorgung der Auslandsdeutschen

durch die Kirche und das Eintreten für die armen Christen in Rußland. Ebenso energisch ist der Kampf gegen die Methoden beim Kirchenaustritt und gegen Vermögensverluste der Religion und der Kirche aufgenommen worden.

Blickt man auf die Tagung zurück, so sieht man an allen Verhandlungen und Beschlüssen, wie

ein neuer, frischer Geist

in der evangelischen Kirche erwacht ist. Er drückt sich in den Aussprüchen besonders aus als der Geist hoher Verantwortlichkeit, der sich auch darin zeigt, daß die Kirche ihre Steuer- und Gebührensprache nicht erhöht, ja zum Teil herabgesetzt hat. Nicht mehr Geld ausgeben, sondern: mehr leisten mit Anspannung aller Kräfte ist ihr Leitstern und muß es auch sein. Auch darin will sie erziehend wirken auf das Volk. Erfreulich ist auch die allgemeine Zustimmung, daß die Kirche politisch neutral zu sein hat und sein will. P. S. P.

Süßes für Königsberg und Lübeck.

Sie bekommen die preussisch-süddeutsche Lotteriepämie.

Königsberg und Lübeck sind berühmt als Marzipanstädte: das ganze Jahr hindurch, besonders aber in der Weihnachtszeit, überschütten sie uns, denen man sonst so viel „Süßes gibt“, mit köstlichen Süßigkeiten, die als „Königsberger Marzipan“ und als „Lübecker Marzipan“ den Ruhm der beiden norddeutschen Städte in der ganzen Welt verbreitet haben. Dafür hat man sich jetzt bei Königsberg und Lübeck sozusagen offiziell revanchiert, indem man ihnen recht angenehme und vielbegehrte „Gegensüßigkeiten“ spendete. „Man“ — das ist in diesem Falle die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie, deren Schlußprämie im Betrage von je 500 000 Mark in der ersten Losabteilung in eine Königsberger, in der zweiten Losabteilung in eine Lübecker Kollekte gefallen ist. Die

Glücksnummer heißt 210 171,

und Mystiker und Kabbalisten werden wahrscheinlich sofort feststellen, daß die Quersumme dieser Zahl 12 beträgt, also durch 3 teilbar ist, was in Lotteriefällen immer Glück bedeuten soll. Das Königsberger Los wird übrigens nicht in Königsberg selbst gespielt, sondern in der kleinen ostpreussischen Stadt Willenberg im Kreise Ortschaften, und das ganze Los befindet sich in einer Hand, so daß dem beneidenswerten Gewinner 400 000 Mark und einige darüber — denn ein kleiner „Zausender“ gehört auch noch dazu — in die Brieftasche fallen. Was den Lübecker Gewinn betrifft, so sollen sich, wie es heißt, vier Glückliche darein teilen, so daß jeder von den vier „nur“ 100 000 Mark bekäme. Aber „nur 100 000 Mark“ find auch ein ganz netter Zuschuß, besonders für solche, die sonst gar nichts haben.

Einer der Lübecker Gewinner ist ein Akademiker, der zum erstenmal in seinem Leben ein Lotterielos gekauft hatte. Er erzählt, daß er dazu veranlaßt worden sei durch einen Traum. Ihm träumte, er solle ein Los kaufen, in dem die Zahlen 171 oder 172 enthalten seien. Er hatte also durchaus richtig geträumt.

Was man noch wissen muß:

Edener fährt nach Amerika.

Wie die Sapag mitteilt, wird sich Dr. Edener mit dem Sapagdampfer „Samburg“, der am Freitag seine zweite Reise nach dem Umbau antritt, nach den Vereinigten Staaten begeben.

57 afghanische Räuber hingerichtet.

Einer Meldung aus Kabul zufolge ließ König Nadir 57 Anhänger des früheren Herrschers Habibullah hängen, da sie sich nach dessen Tode einem berüchtigten Räuber Khan Mohammed angeschlossen hatten.

Feuersbrunst zerstört tausend Häuser.

Eine Feuersbrunst zerstörte im Singalongsdistrikt auf Manila tausend Wohnhäuser. Etwa fünfzigtausend Menschen wurden dadurch obdachlos. Zahlreiche Menschen wurden verletzt, mehrere Kinder werden vermißt.

Ein neuer großer Planet entdeckt.

Der eigentliche Entdecker seit mehreren Jahren tot.

Bisher kannte man neben vielen kleinen acht große Planeten: Merkur, Venus, Erde, Mars, Jupiter, Saturn, Uranus und Neptun. Während der Merkur „nur“ 57,9 Millionen Kilometer von der Sonne entfernt ist und unsere Erde 149,5 Millionen Kilometer, beträgt bei dem im Jahre 1846 entdeckten Neptun der mittlere Abstand von der Sonne 4495,6 Millionen Kilometer.

Nun meldete dieser Tage das Lowell-Observatorium in Flagstaff in Arizona, eine Beobachtungsstation der Harvard-Universität, daß in der Bahn des Planeten Neptun ein neuer großer Planet entdeckt worden sei. Die Entdeckung erfolgte bereits am 21. Januar dieses Jahres, aber man hat sie bis jetzt geheimgehalten, um erst nachzurechnen, ob alles stimmt. Und das merkwürdigste ist, daß der eigentliche Entdecker des neuen Planeten, der berühmte Astronom Percival Lowell, bereits vor mehreren Jahren verstorben ist! Lowell hatte den neuen Planeten nie gesehen, aber er hatte ihn errechnet und sozusagen vorausgesehen. Lowell war, nebenbei bemerkt, der Astronom, der die Marskanäle als zu landwirtschaftlichen Beiriefelungszwecken angelegte Schöpfungen intelligenter Wesen bezeichnete.

Die genaue Entfernung des neuen Planeten vom Neptun ist noch nicht bekannt und einen Namen hat der neueste große Planet unseres Sonnensystems auch noch nicht. Er ist wahrscheinlich größer als die Erde, aber kleiner als der Uranus. Die Entdeckung des neuen Planeten, der als Stern 15. Größe geschildert wird und gleich dem Neptun mit bloßem Auge nicht gesehen werden kann, wird von den amerikanischen Astronomen als das bedeutendste astronomische Ereignis seit der Entdeckung des Neptuns bezeichnet.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 15. März 1930.

Volkstrauertag.

Psalm 20, 6: Im Namen unseres Gottes werfen wir Panier auf.

Heut senken sich viele Fahnen zum stillen Gruß für die alten Kameraden. Heut senken sich viele Augen in stillem Schmerz um die, die einst dahingegangen sind. Heut füllen sich viele Herzen wieder mit bitterem Harn um das eigene Leid und um die Not unseres ganzen Volkes. Heilig soll uns dieser Schmerz sein. Vessagenwert alle, die ihn tragen mit heißen Herzen — beklagenswerter die, die mit diesem Schmerz nichts anzufangen wissen. Schmerz, der aus der Dankbarkeit und aus der Liebe kommt, ist heilig und gut. Darum soll uns der Volkstrauertag eine heilige Pflicht sein.

Aber Trauer darf sich nicht in leidenden Gedanken verlieren. Sie darf nicht nur Sache des weichen Gefühls sein. Sie muß Sache des Geistes und des Willens werden, wir müssen danach trachten, die Trauer zu überwinden, indem wir aus der Blüte der Trauer die Frucht der Tat zu erzielen suchen. Dazu, wie wir das machen sollen, kann uns nichts besser helfen als der

Kleine Zeitung für eilige Leser

* In Ulm wurden zwei Reichswehroffiziere wegen nationalsozialistischer Propaganda verhaftet.

* Die Prämie der Preussisch-Schlesischen Klassenlotterie in Höhe von je 500.000 Mark ist in der ersten Losabteilung nach Königsberg i. Pr. in der zweiten Losabteilung nach Lübeck gefallen.

* Das Lowell-Observatorium in Arizona hat in der Bahn des Planeten Neptun einen neuen großen Planeten entdeckt, so daß man jetzt neun große Planeten kennt.

Schritt um Schritt.

Kein leeres Wort. — Träger der Verantwortung. — Der Sprung ins Dunkle.

Im Schwall der Meinungsäußerungen für und wider den Young-Plan hat ein Wort des Deutschen Reichskanzlers eine längst nicht genügende Beachtung gefunden, die diese Bemerkung aber wohl verdient: es war die Feststellung, daß in und mit dem Neuen Plan die berechtigten Erwartungen des deutschen Volkes längst nicht erfüllt worden seien. Auch dort, wo man glaubte, dieses Abkommen über die künftigen deutschen Zahlungsverpflichtungen annehmen und unterschreiben zu müssen, denkt man nicht daran, im Young-Plan sozusagen „der Güter höchstes“ zu erblicken, in ihm etwas anderes zu sehen als eine Kette von Bestimmungen, die man dem deutschen Volke auferlegt hat und die später einmal abzuschleifen selbstverständliches Streben des deutschen Volkes und seiner Politik sein muß. Auch wenn man mit dem Reichskanzler daran denkt, daß die Annahme des Young-Planes manche Fesseln fallen lassen wird, die der Versailler Vertrag und auch der Dawes-Plan geschmiedet hatte, auch wenn dem Rheinland die Befreiungsstunde näher gerückt wurde, der Reparationsagent mit seinen Unterkommnissen das Land verläßt, wo er fast sechs Jahre hindurch schalten und walten durfte, auch wenn die Lasten, die der Young-Plan uns auferlegt, nicht so groß und nicht so unbefristet steigerungsfähig sind wie die des Dawes-Planes, so vergißt man auch in den Kreisen, die diesem Young-Plan zustimmen, doch nicht, daß man von einer wirklichen Revision des Dawes-Planes mehr und Besseres erhofft hat, vielleicht auch zu erwarten berechtigt war. Aber die Sachverständigenkonferenz in Paris selbst hat in der Einleitung zu ihrem Bericht gesagt, sie habe „deutlich erkannt, daß politische Rücksichten notwendig gewisse Grenzen ziehen, innerhalb deren eine Lösung gefunden werden müsse“. Befürworter und Opposition werden sich also hinsichtlich ihres Urteils über die Bestimmungen des Neuen Planes in dem einen zusammenfinden können, daß jene „politischen Rücksichten“ — nämlich die auf die gegenwärtige und vielleicht auch noch morgige Lage Deutschlands im Kreis der Völker, vor allem jener, die uns das Versailler Diktat auferlegen konnten — beim Young-Plan ein entscheidendes Wort mitsprechen und daß dieses Wort übermorgen vielleicht ein anderes sein kann. Und wie wir erwarten: sein wird. Vorläufig aber noch nicht ist.

Derartige Erwägungen haben wohl auch den Entschluß des Reichspräsidenten beeinflusst, zu billigen, wofür sich die Mehrheit des Reichstages aussprach. Auch er sieht wie der Reichskanzler und jene Mehrheit die Wirkungen der „politischen Rücksichten“, die schuld daran sind, daß „die berechtigten Erwartungen Deutschlands bei weitem nicht erfüllt wurden“. Ein Teil des deutschen Volkes und des Reichstages hat deswegen den Neuen Plan abgelehnt, hat gewichtige Gründe dafür ins Feld geführt. Hat auch den Reichspräsidenten bestimmt, sich auf ihre Seite zu stellen. Hindenburg aber hat anders entschieden, und wenn die Enttäuschung darüber auf Seiten der Gegner des Young-Planes groß ist, so soll man dabei nicht vergessen, daß Hindenburg seinen Entschluß faßte erst nach „Anhörung von Befürwortern und Gegnern des Young-Planes“. Und daß es kein leeres Wort ist, wenn er sagt, daß er „nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung“ die Young-Gesetze unterschrieben hat. Das ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß die Reichstagsmehrheit, die in ihr zusammengeschlossenen Parteien Träger der Verantwortung sind für alles, was durch den Beschluß vom 12. März in die Wege geleitet wird. Im guten oder im bösen.

„Die Welt richtet nach dem Erfolg und nennt ihn Gottesgericht“ — und wenn man statt „Erfolg“ nur ganz nüchtern „Folgen“ setzt, so darf man dieses Wort auch anwenden auf den Young-Plan und den Entschluß, ihn anzunehmen. Das war — auch der Reichskanzler verheißte das nicht — sozusagen ein Sprung ins Dunkle, weil noch ganz ungewiß sei, ob wir tragen können, was uns auferlegt wurde und was zu tragen wir übernommen haben, übernehmen mußten, um, wie die Befürworter des Neuen Planes der Überzeugung sind, Schlimmeres zu verhüten. Der Sprung ist getan und ein Zurück gibt es nicht mehr. Wenn die Folgen fühlbar werden, dann wird auch jenes „Gottesgericht“ ein Urteil fällen. Darum aber sollte die Mahnung Hindenburgs stärkste Beachtung finden, daß das ganze deutsche Volk seine Kräfte daraufsetzt, diesen Sprung ins Dunkle nicht zu einem Sprung in einen erstickenen Sumpf werden zu lassen, sondern, wie Hindenburg hofft, zu „einem Fortschritt auf dem schweren Wege der Befreiung und des Wiederaufbaues Deutschlands“. Wenige Tage nach diesem schweren Entschluß gedenkt Deutschland der zwei Millionen seiner Toten, die gestorben sind, damit die Heimat lebe. Aber auch über die Lebenden hat das Schicksal verhängt, daß sie lämpfend Schritt um Schritt ihr Dasein erzwingen müssen.

Dr. Pr.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Hindenburg beim Trauergottesdienst für Tirpitz.

Der Marineverein Berlin 1886 veranstaltete für seinen verstorbenen Ehrenvorsitzenden, Großadmiral v. Tirpitz, einen Trauergottesdienst, dem der Reichspräsident in Marschalluniform beistand. Unter den Ersten sahen man noch u. a. die Chefs der Heeres- und der Marineleitung, ferner die Admirale v. Schröder, v. Lams, Mommsen, Behnde, Jenfer, den Rektor der Universität Berlin sowie die Marine- und Militärattachés der fremden Staaten.

Das Wahlprüfungsgericht über den Volksentscheid.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hielt eine Sitzung ab, um das Ergebnis des Volksentscheides vom 22. Dezember zu prüfen. Der Reichsbeauftragte beantragte,

Stützung des Roggenpreises

Das Brotgesetz der Reichsregierung.

Annahme des Republikshutzgesetzes in zweiter Lesung.

(142. Sitzung.)

OB. Berlin, 14. März.

Bei der fortgesetzten zweiten Beratung des Republikshutzgesetzes im Reichstag erklärte Abgeordneter Emminger (Bayerische Volkspartei), die Vorlage hat im Ausschuss erhebliche Verbesserungen erfahren, durch die die ursprünglichen Bedenken seiner Partei ausgeräumt worden sind. Den Anträgen der Deutschen Volkspartei werde seine Fraktion zustimmen.

Abg. Dr. Everling (Dtn.) tritt den Ausführungen des Justizministers über die Definition des Begriffes der verfassungsmäßig festgestellten Staatsform entgegen. Das Gesetz bedeutet eine Verschärfung der früheren Bestimmungen. Es ist überflüssig und schädlich.

Abg. Dr. Göttsels (Nat.-Soz.) erhält für einen starken Angriff gegen den Abg. Landsberg einen Ordnungsruf. Der Redner verliest eine Reihe sozialdemokratischer Pressestimmen. Herr Severing will mit dem Gummistempel ein gegen das jetzige System rebellierendes Volk in Schach halten.

Abg. Herberg-Zwidan (Völkerehrer) lehnt die Vorlage ab. Die Regierung verdiene so lange keinen Schutz, als sie nicht zu einer gerechten Gesetzgebung zurückkehre.

Das Haus schreitet sodann zur Abstimmung. Abgelehnt wird der von den Nationalsozialisten vorgelegte Gesetzentwurf zum Schutz der deutschen Nation gegen die Antragsteller.

Der Gesetzentwurf sieht die Todesstrafe vor für den Verrat von Geheimnissen an das Ausland, für die Verhinderung oder Verhinderung der Staatsform, für die Verhinderung der Wehr- und Staatsdienstpflicht der Deutschen, für die Behauptung der Allseinschuld oder Mischschuld am Weltkriege, ferner Zuchthausstrafen für die Auslieferung deutscher Kulturgüter oder Wirtschaftsmacht an fremdfeindliche Einflüsse sowie für die Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutgemeinschaft, und schließlich körperliche Züchtigung für die Beschimpfung lebender oder toter deutscher Nationalhelden oder Helden.

Zum § 6, der die Strafbestimmungen für die Beschimpfung der Staatsform, der Staats- und Landesformen, der verstorbenen Reichspräsidenten, der Minister und die Verhinderung des Hochverrats enthält, wird der Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen, nach dem statt der Reichs- und Landesfarben die Farben und Flaggen des Reiches und der Länder geschützt werden sollen. Mit dieser Änderung

wird der Paragraph in der Ausschussfassung angenommen. Alle übrigen Änderungsanträge werden teils in einfacher, teils in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Vorlage wird in der Ausschussfassung angenommen.

Nach einem Antrag der Regierungsparteien wird beschlossen, das Gesetz solle gleichzeitig mit dem neuen Strafgesetzbuch in Kraft treten, spätestens aber am 31. Dezember 1932 aufhören.

Damit ist die zweite Beratung des Republikshutzgesetzes erledigt.

Ein Gesetzentwurf, nach dem der erste Teilbetrag der Aufbringungsleistungen der Industrie für das Jahr 1930 dem Reich zufallen soll, wird an den Haushaltsausschuss verwiesen. Nunmehr beginnt die

erste Beratung des Entwurfes eines Brotgesetzes.

Abg. Hörnie (Komm.) lehnt die neuen Zollpläne der Regierung ab.

Reichsminister Dietrich: Die Tatarennachrichten über die Arbeiten in den Bädereien erleichtern. Das Gesetz will die Arbeiten in den Bädereien erleichtern. Denn es bestimmt, daß Roggenbrot, Weizenbrot und Mischbrot künftig nur nach festem Gewicht bei gleitenden Preisen verkauft werden dürfen. Die Regierung steht allerdings auf dem Standpunkt, es sei besser, Roggen zu konsumieren als eine Unmenge Weizen aus dem Ausland einzuführen. Große Mengen Roggen müßten für ein Nichts an die skandinavischen Händler verkauft werden. Der Roggen konnte in England nicht abgesetzt werden. Mit Polen ist eine Verständigung in der Preisfrage erfolgt. Nur Rußland unterbietet uns jetzt noch.

Das Brotgesetz wird dem Ausschuss überwiesen. Angenommen wird ein Ausschussantrag, der die Reichsregierung ersucht, sofort alle Maßnahmen zu treffen, um den Roggenpreis vor einem noch weiteren Abstieg zu bewahren und ihn auf eine, den Produktionskosten entsprechende Höhe heranzubringen.

Eine Novelle zur Gewerbeordnung, die Ausmerzungen von Mischständen im Wandergewerbe begünstigt, wird nach kurzer Aussprache dem Ausschuss überwiesen.

Abg. Kahl (D. Vp.) regt an, auch die Frage der Bekämpfung der Kurpfuscherei und auch das Verhältnis zwischen Zahnarzt und Dentist zu klären.

Der Reichstag genehmigt dann die Strafverfolgung der Abg. Dr. Göttsels (Nat.-Soz.), Wagner (Nat.-Soz.) und Torgler (Komm.). Darauf verläßt sich das Haus auf Sonnabend.

Politik in der Reichswehr

Zwei Reichswehroffiziere verhaftet.

Wegen nationalsozialistischer Propaganda.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichswehrministerium hat vor einiger Zeit durch Meldungen aus der Truppe erfahren, daß einige junge Offiziere in nationalsozialistischem Sinne zu wirken versuchten. Da diese Versuche rechtzeitig gemerkt und abgelehnt worden sind, haben sie sich auf wenige Personen beschränkt und keine Bedeutung gewinnen können.

Das Reichswehrministerium hat die Angelegenheit der Reichsanwaltschaft übergeben; diese hat zwei Leutnants des Standortes Ulm und einen ehemaligen Offizier in Rassel verhaften lassen. Die weitere Bearbeitung liegt in der Hand der Reichsanwaltschaft.

Die Münchener Neuesten Nachrichten bringen zu dem Fall Einzelheiten. Nach diesem Bericht handelt es sich um ein schon seit längerer Zeit schwebendes Ermittlungs-

verfahren. Auch in München sollen weitere Verhaftungen bevorstehen. Die Münchener Reichswehrstellen erklären allerdings, daß ihnen von einem solchen Verfahren nichts bekannt sei. Nach anderen Meldungen handelt es sich um den Versuch, in die Reichswehr nationalsozialistische Zellen von Offizieren zu bilden, die sich verpflichten sollten, im Falle eines Umsturzes von rechts, zum mindesten neutral zu bleiben. Dieser Versuch soll in einzelnen Garnisonen, so in Ulm, München, aber auch in Mitteldeutschland und in Ostpreußen Erfolg gehabt haben. Durch Anzeige verfassungstreuer Reichswehrangehöriger soll der Plan aufgedeckt worden sein. Ein ehemaliger hoher Reichswehroffizier aus München soll nach Blättermeldungen in die Angelegenheit verwickelt sein. Die Tatsache, daß der Oberreichsanwalt mit der Sache befaßt worden und zu den oben gemeldeten Verhaftungen geschritten ist, legt die Vermutung nahe, daß es sich um einen nicht leicht zu nehmenden Fall handelt.

Dietrichs neues Agrarprogramm.

Erhöhung der Getreidezölle geplant.

Zwischen dem Reichsernährungsminister Dietrich und den Agrarfachverständigen der Regierungsparteien haben Besprechungen stattgefunden. Der Reichsernährungsminister forderte Ermäßigungen zur Erhöhung des Weizenzolls von acht auf höchstens zwölf Mark und des Roggenzolls entsprechend einem Nichtpreis von 230 Mark. Gegen die Weizenzollerhöhung hatten die Sozialdemokraten starke Bedenken. Weiter wurde die Erhöhung des Zolles auf Roggenkleie, Frühkartoffeln und Futtergerste verlangt. Den Landwirten, die echnierten Roggen verfüttern, soll ein ermäßigter Zoll von zwei Mark gewährt werden.

Man hofft, in weiteren Besprechungen die Angelegenheit so weit zu fördern, daß die Anträge in nächster Woche auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werden können.

Die Städte zur Finanzreform.

Vorstandssitzung des Deutschen und des Preussischen Städtetages.

Der in Nürnberg tagende Vorstand des Deutschen Städtetages nahm einen Bericht über die Pläne zur Reichsfinanzreform entgegen. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß bei der bisherigen Erörterung das Problem der Aufrechterhaltung und Fortführung einer geordneten Gemeindefinanzwirtschaft völlig unzulänglich behandelt worden sei.

Nach einem Bericht über die Lage am Geld- und Kapitalmarkt setzte der Vorstand des Deutschen Städtetages seine Erörterungen über die Revision der kommunalen Unternehmungen fort. In einer Entschließung wurde darauf hingewiesen, daß einschneidende Maßnahmen unerlässlich seien, um den durch den Druck der Erwerbslosenlasten drohenden finanziellen Zusammenbruch zu vermeiden. Mit dem Deutschen Studentenvorstand in Dresden ist eine Zusammenarbeit auf dem Gebiete des studentischen Stipendien- und Fürsorgewesens vereinbart worden.

Der Vorstand des Preussischen Städtetages, der regelmäßig im Anschluß an die Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages tagt, befaßte sich mit dem Entwurf des preussischen Selbstverwaltungsgesetzes und verlangte, daß hier bei dem Entwurf des neuen Gesetzes die Grundsätze Anwendung finden möchten, die der Vorstand des Deutschen Städtetages in seinem Entwurf einer Reichsstädteordnung anerkannt hat.

Ein Gedenktag deutscher Treue.

Abstimmungsfestern in der Nordmark.

Am Tage der zehnjährigen Wiederkehr des Abstimmungstages in der zweiten Zone fanden in der Nordmark zahlreiche Gedenkfeiern statt. Flensburg hatte reichen Flaggen Schmuck angelegt. Als Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden waren u. a. Oberpräsident Kürbis, Regierungspräsident Dr. Abegg, Vizepräsident Dr. Thom und Landeshauptmann Bahlke erschienen. Oberbürgermeister Dr. Todsen-Flensburg gedachte in seiner Begrüßungsansprache zunächst des verstorbenen ehemaligen Abstimmungskommissars Dr. Adolf Köster und ging dann näher auf die Bedeutung des Abstimmungstages ein. Ministerialrat Dr. Tiedje als Vertreter des Reichsministers Severing erwiderte in kurzer Gegenrede.

Die führenden Blätter der Nordmark widmen dem Tage an hervorragender Stelle ausführliche Artikel, in denen die Bedeutung des Abstimmungstages vor zehn Jahren dargelegt wird.

Ministerpräsident Braun hat an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein ein Begrüßungsgramm gerichtet, in dem er der Bevölkerung der zweiten Abstimmungszone für ihre Treue zum deutschen Vaterlande dankt.

züge Köln-Darmen, neue Sitzzugverbindungen Köln-Dortmund, neue Wochenendzüge Wanne-Koblenz über Köln und ein neues Personenzugpaar Düsseldorf-Essen. Die Sitzzüge Hagen-Essen (Hagen ab 8,19) werden im Sommer bis Oberhausen fahren. Zwischen Münster und Dortmund wird ein neues Sitzzugpaar verkehren. Zur Verbesserung der Nahverbindungen im Rhein-Main-Gebiet werden zwischen Frankfurt a. M. und Wiesbaden drei neue Sitzzugpaare, zwischen Frankfurt und Darmstadt vier neue Sitzzugpaare und zwischen Wiesbaden und Darmstadt drei neue Sitzzugpaare eingelegt. Die S-Bahnzüge Basel-Hamburg-Berlin werden zur Bedienung des Verkehrs nach und von den nordischen Ländern während des Sommerfahrplanabschnitts in Bad Nauheim halten.

Während der Hauptreisezeit sollen im Juli und August die neuen Schnellzüge D 387-388 München-Hamburg-Altona nach folgendem Plan gefahren werden: München ab 20,35, Göttingen ab 4,52, Hannover ab 6,37, Hamburg an 9,27, Altona an 9,55 Uhr; zurück Altona ab 17,50, Hamburg ab 18,10, Hannover ab 21,19, München an 7,05 Uhr. Der Personenzug 201 Köln-Hannover wird auf der Strecke Hamm-Hannover um 78 Minuten beschleunigt, trifft also in Hannover um 15,10 statt bisher 16,28 Uhr ein. Zur Verbesserung der Schnellverbindung zwischen Württemberg-Rheinland-Holland wird ein neues D-Zug-Paar eingelegt: Ab Stuttgart über Bruchsal 10,45, zurück ab Heidelberg 17,16 Uhr. Der D-Zug 308 Dortmund-Ludwigshafen-Mannheim-Basel wird früher gelegt und beschleunigt; als Ersatz dafür verkehrt ein neuer Sitzzug auf der gleichen Strecke ab Ludwigshafen-Mannheim nach Basel (ab Ludwigshafen 6,44 Uhr).

Gefährlicher Kampf im Zirkuswagen.

Vär und Löwe überfallen eine Tierbändigerin. In Bebra bei Kassel wurde die als Tierbändigerin tätige Frau des Zirkusbefizers Haffel von einem Vären und einem Verberlöwen überfallen und lebensgefährlich verletzt.

Der Wanderzirkus Haffel war bereits von Bebra abgefahren und es war nur noch ein Menageriewagen unter der Aufsicht der Frau Haffel zurückgeblieben. In diesem Wagen geriet ein von halbwichigen Burken gezerrter sibirischer Vär in solche Wut, daß er mit seinen Krallen eine Wagenwand zertrümmerte und einen Verberlöwen, der sich im Nebenabteil befand, überfiel. Als Frau Haffel auf die beiden kämpfenden Tiere mit einer Drahtpeitsche einschlug, stürzte sich der Vär auf sie,

biß sich in ihrer Schulter fest und warf sie zu Boden. Die benachrichtigten Gendarmen und einige Streckenarbeiter drangen nun mit schweren Eisenbahnstangen in den Menageriewagen ein und suchten dem Kampfe ein Ende zu machen. In diesem Augenblick sprang der Löwe, der sich bis dahin verhältnismäßig ruhig verhalten hatte, auf einen der Gendarmen, worauf dieser blitzschnell seine Dienstpistole zog und den Löwen durch einen Schuß in den Kopf niederstreckte. Frau Haffel, die sehr schwer verletzt ist, wurde ins Bebraer Krankenhaus gebracht, während der Vär mit einem Menageriewagen in polizeilichen Gewahrsam genommen wurde.

Schlusssdienst.

Vermischte Nachrichten vom 14. März.

Strafantrag gegen die Rote Fahne.

Berlin. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat ein Strafverfahren wegen der in der Roten Fahne erschienenen Artikel „Severings Kommunistengesetz“ und „Senfer Severing spricht“ eingeleitet.

In der Scheune verbrannt.

Heilsberg (Ostpr.). Auf dem Besitz von Jakob Böhmig in Stolzhagen brach Feuer aus Wohnhaus Stall und Scheune wurden ein Haub der Flammen. Frau Böhmig, die seit längerer Zeit schwerkrank daniederliegt, konnte nur unter den größten Anstrengungen von ihrem Sohn und ihrer Nichte aus dem brennenden Wohnhaus gerettet werden. Sie hat ebenso wie ihre Mutter erhebliche Brandwunden erlitten. Der Besitzer ist in der Scheune verbrannt.

Die Beisetzung des Staatsministers a. D. von Breitenbach.

Düsseldorf. Hier fand die feierliche Beisetzung des verstorbenen Staatsministers a. D. Eggelsen von Breitenbach statt. Unter den Trauergästen bemerkte man als Vertreter des Reichsverkehrsministers Staatssekretär Gumbel, ferner Generaldirektor Dorpmüller sowie eine große Anzahl Vertreter der Behörden, der Wirtschaft und der Industrie. Auf dem Wege von der Kapelle bis zum Grab bildeten Reichsbahnpolizeibeamte Spalier. An der Gruft widmete Generaldirektor Dorpmüller seinem Altheimer warme Worte des Dankes.

Primo de Rivera kommt nach Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. Der ehemalige spanische Ministerpräsident Primo de Rivera wird in Frankfurt a. M. erwartet. Er beabsichtigt hier, einen Spezialisten für Zuckerkrankheit zu konsultieren und sich einer Kur zu unterziehen.

Germersheimer Reservisten nach Südranfreich beurlaubt.

Germersheim. Sämtliche Reservisten der hiesigen französischen Belegung, die aus dem überschwemmten Gebiet Frankreichs kommen, werden sofort entlassen, um in der Heimat bei den Aufräumarbeiten helfen zu können. Die übrigen Reservisten werden in der Zeit vom 25. bis 30. März entlassen, ohne ersetzt zu werden.

Dr. Curtius in Locarno.

Locarno. Reichsaußenminister Dr. Curtius ist mit Gemahlin und Sohn zu vierzehntägigem Kuraufenthalt hier eingetroffen.

Hugenbergs Dank an die deutschnationale Reichstagsfraktion.

Zu Beginn der Fraktionsitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion würdigte Dr. Hugenberg die Tätigkeit der Partei und ihrer Fraktion. Er dankte den Rednern der Fraktion, die an der Abwehr der Young- und Polenverträge gearbeitet hätten. Zeitlicher Abstand von den Dingen werde die Mithatigkeit der von der nationalen Opposition betriebenen Politik erweisen.

Weltkraftkonferenz in Berlin.

Edison wird sprechen.

Vom 16. bis 25. Juni wird in Berlin die zweite Vollversammlung der Weltkraftkonferenz veranstaltet. Schon seit Jahren sind mehr als 300 der führenden deutschen Wissenschaftler und Ingenieure mit den entsprechenden Vorbereitungen beschäftigt. Es steht u. a. ein Vortrag Edisons in Aussicht.

Ein Erfolg der englischen Regierung.

Im Englischen Unterhaus wurde ein Mißtrauensantrag der Konservativen gegen die Regierung Macdonald mit 308 gegen 235 Stimmen abgelehnt.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.



Für die Herstellung guter Suppen

gibt es viele Rezepte, keines aber ist einfacher und billiger als dieses:

nimm MAGGI'S Suppen-Würfel

Elfriede Schnepfer Karl Schäckermann

beeihren sich ihre Verlobung bekanntzugeben.

Halver, den 16. März 1930.

Öffentliche Mahnung.

Die bis jetzt fällig gewordenen, an die unterzeichnete Kassenverwaltung zu zahlenden Steuern und anderen Abgaben sind spätestens bis zum 18. d. Mts. zu entrichten.

Vom folgenden Tage ab werden die Rückstände nebst Kosten im Wege der Zwangsvollstreckung betrieblen.

Halver, den 15. März 1930.

Kassen des Amtes Halver.

Ein gutes Bett

gibt guten Schlaf.
Alles was zum guten Bett gehört liefert mein zeitliches Spezialhaus sehr preiswert.
Zwanglose Berücksichtigung erbeten.

Ketten Meyer
HAGEN
FRANKESTR. 20

Öffentlicher

Vortrag

mit Lichtbildern

in Halver am

Mittwoch, den

19. März,

abends 8 Uhr im

Saale des

Hotel zur Fahr

Eintritt frei.

ZUM EIGENHEIM

bel der Westfälischen Landes-Bausparkasse

Öffentliche Sparkasse der westfälischen Sparkassen- und Verwaltungen der Landesbank der Provinz Westfalen in Münster i. W.

Sichere Geldanlage Darlehen zu 4% Festes Zuteilungsschema Öffentliche Kontrolle Zusätzliche L. Hypothekendarlehen Schutz des Darlehensnehmers durch Lebensversicherung Auskunft durch alle öffentlichen Sparkassen

Mütterberatungsstunden

finden statt am

Dienstag, dem 18. März 1930,

15 Uhr in Brügge (Wirtschaft Wänsche Winkhausen),

16 Uhr in Schalksmühle (Wirtschaft H. ebfeld), am

Donnerstag, dem 20. März 1930

14 Uhr in Spormecke (Schule),

15 Uhr in Lüdenscheld (Amtshaus, Zimmer Nr. 5

Der Bürgermeister des Amtes Lüdenscheld.

Westf. Banerverein Halver.

Mittwoch, den 19. März 1930,

nachm. 3 Uhr im

Hotel zur Post in Halver

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn

Generalsekretärs Dr.

Golte: Das landwirtschaftliche Organisationsproblem in der

Zeitzeit.

2. Geschäftsführer Dr.

Lohmann: Agrarkrise und neuzeitliche

Gesellschaft.

3. Verschiedenes.

Wegen Wichtigkeit der

Versammlung wird dringend um vollen Besuch

gebeten.

Der Vorstand.

Suche

in ca. 14 Tagen ein hiesiges

älteres

Mädchen

als Wirtschaftlerin,

welche den Haushalt

selbstständig führen kann.

Guter Lohn wird zugesichert.

Schriftl. Angaben unter R. 775 an den Allg.

Anzeiger Halver.

Zu Ostern

Lehrling

für die

Werkzeugschlosserei,

ferner zum sofortigen

Eintritt

Jugendliche

für Fabrik u. Backstube

gesucht.

Fr. W. Aug. Berghaus

Eisenwarenfabrik,

Oberbrügge.

Pianos

gut erhalten zu

bequemen Bedingungen abzugeben.

Roth & Junius

Piano-Fabrik

Hagen i. W. 132

Bahnhofstr. 29

Empfehle mich in

Lieferung

und

Anpflanzung

jämlicher

Nadel- u. Laub-

holzpflanzen

zu billigsten Preisen.

Ernst Rüdch jr.,

Forstwirtschaftsgesellschaft,

Elbringhausen b. Kierspe.

Tel. Nr. 67 Amt Meinerzhagen

Erhalten am Dienstag,

dem 18. d. Mts. nachm.

eine Auswahl

la oldenb.

Schweine

Berges & Borlinghaus,

Kierspe-Whf.

Tel. 73 u. 274 Meinerzh.



Ferkel umsonst

kann ich nicht

fern, aber zu kon-

kurrenzlos billigen

Preisen liefere die

echten mit Olden-

burger durchzüchteten westfälischen Edelrasse breit-

schultrig und mit Schlappohren, die besten zur

Zucht und Mast, per Nachnahme ab hier.

6-8 wöch. 28-33 Mk., 8-10 wöch. 33-38 Mk.

10-12 " 38-42 " 12-15 " 42-46 "

Läufer preiswert nach Gewicht. Tiere stammen

direkt aus erstklassigen Zuchtställen. Garantie noch

3 Tage nach Erhalt. Ich sichere im Voraus reellste

Bedienung zu, da mir nur an Dauerkundschaft liegt.

Windelsbleicher Ferkelverwand August Steinherr

Windelsbleiche Kr. Viefefeld Tel. Viefefeld 3604

Trauerdrucksachen

liefert schnellstens Wilh. Bell jr., Halver



Du sparst an Schuhen Geld. Sorgen, kauf heut Erdal wart nicht bis morgen!

Erdal Für alle Schuhe!

Geschäftseröffnung

Den geehrten Bewohnern von Oberbrügge und Umgegend zur gest. Kenntnisnahme, daß ich, gestützt auf gute Fachkenntnisse, am 17. d. Mts. ein

Maler- und Anstreicher-Geschäft

eröffnen werde.

Ich halte mich zur Uebernahme von sämtl. Anstreicherarbeiten und Zusicherung prompt. u. preiswerter Bedienung bestens empfohlen u. bitte um Unterstützung meines Unternehmens

Hugo Fernholz, Oberbrügge-Vömmelbach 8.

Bevor Sie ein Motorrad kaufen, kommen

Sie zu uns

und besichtigen Sie zwangslos das neueste

Triumph-Modell

mit Zweiradbremse,

System der Vierradbremse.

Joh. Chr. Herdepe Söhne, Halver.



„Das Hühnerauge sitzt aber tief! „Und sitzt es noch so tief, „Lebewohl“ holt es heraus.“

Hühneraugen-Lebewohl u. Lebewohl-Ballenscheiben Blechdose (8 Pfaster) 75 Pf. Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füsse und Fusseschwellen, Schachtel (2 Bäder) 50 Pf. erhältlich in Apotheken und Drogerien. In Sehlsmühle: Adler-Druck- u. A. Cordt, in Kierspe Bahnhof: Progerie C. Baukloh.